



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

das Corona-Virus hat sich verändert. Es ist mutiert. Vor allem aber ist es heute weitaus ansteckender als zu Beginn der Pandemie. Selbst bei immer mehr jüngeren Personen führt es zu schwereren Krankheitsverläufen. Deshalb müssen wir die dritte Welle brechen - und dies schnell, klar und entschlossen! Dabei geht es um den Schutz von uns allen. Es geht um die Gesundheit unserer gesamten Bevölkerung.

Gerade in den letzten Wochen wurde die Uneinlichkeit der Bundesländer viel diskutiert und kritisiert. Dem soll nun ab einer bestimmten Inzidenz entgegen gewirkt werden. Wichtig ist dabei

vor allem, dass wir alle an einem Strang ziehen.

In der AG Familie haben wir am Dienstag (13.4.2021) das geplante gemeinsame Vorgehen von Bund und Ländern ausdrücklich begrüßt. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf Schulen und Kitas gelegt. Wir sind der Überzeugung, dass deren Schließung erst in Betracht kommt, wenn an sieben aufeinander folgenden Tagen der Schwellenwert von 200 in einem Landkreis überschritten wird und wenn es sich um eine flächendeckende Erhöhung handelt.

Im Weiteren halten wir die massiven Beschränkungen privater Zusammenkünfte mit nur einer weiteren Person außerhalb des eigenen Haushaltes für realitätsfern. Hier bedarf es einer familiengerechten Ausge-

staltung. Nicht zuletzt sollten Ausgangsbeschränkungen angesichts der Sommerzeit erst um 22 Uhr beginnen.

Angesichts der stetig ansteigenden Zahlen und der immer bedrohlicheren Lage ist eine einheitliche Regelung wichtiger als der Streit um regionale oder gruppenbezogene Änderungen. Die Bürger brauchen eindeutige Regelungen. Darum werde ich dieser Gesetzesänderung zustimmen.

In diesem Sinne berichte ich von der abgelaufenen Parlamentswoche und grüße Sie mit dem Wunsch für Gesundheit und Hoffnung herzlich

Ihr

Bundesweites Schulprojekt zur Bundestagswahl

Ihr würdet gerne zur diesjährigen Bundestagswahl gehen, seid aber noch nicht 18? Wir haben eine tolle Alternative für euch: die Juniorwahl 2021. Das Projekt richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse und bietet nicht nur eine wirklichkeitsgetreue Wahlsimulation an, sondern auch ei-

ne Vorbereitung auf die Wahlen in Form von spannendem Unterricht.

Die Juniorwahl wird von dem Berliner Verein Kumulus e.V. organisiert und vom Deutschen Bundestag, dem Familienministerium und der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt. Sie findet seit 21 Jahren bundesweit zu

den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen statt. Über 3,8 Millionen Schüler haben bereits daran teilgenommen.

Mehr Information dazu unter: <https://www.juniorwahl.de/>
< <https://www.juniorwahl.de/> >

Schutz für indigene Volksgruppen

In Vertretung meiner Kollegin Katja Leikert habe ich am Donnerstag (15.4.2021) folgende Rede zur abschließenden Beratung des „Übereinkommens IAO – Rechte indigener Völker“ gehalten:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Präambel des ILO-Abkommens 169 wird eine traurige Bilanz gezogen: Die indigenen Völker der Erde seien nicht in der Lage, "ihre grundlegenden Menschenrechte im gleichen Umfang auszuüben wie die übrige Bevölkerung der Staaten, in denen sie leben, und ihre Gesetze, Werte, Bräuche und Perspektiven sind oft ausgehöhlt worden".

Das war 1989, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist eine Schande, dass sich daran nur wenig geändert hat. Fünf Prozent der Weltbevölkerung - jedoch 15 Prozent der in Armut lebenden Menschen, das ist die Lage der Indigenen heute. Das ILO-Abkommen 169 ist das einzige internationale Vertragswerk, das einen umfassenden und rechtsverbindlichen Schutz der Rechte indigener Völker statuiert. Deswegen ist die Entscheidung der Bundesregierung, das Abkommen zu ratifizieren, richtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es stimmt: Die

Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch Deutschland wird keine direkte Verbesserung der Lage der Indigenen bewirken. Aber die Ratifizierung kann mehr als nur ein Symbol für die Achtung und die Einhaltung der Rechte der indigenen Völker sein. Wir als Parlamentarier und die Bundesregierung müssen die Ratifizierung zum Anlass nehmen, auf unsere Partner - vor allem in Europa - Einfluss zu nehmen, um mehr Staaten zur Unterschrift zu bewegen. Die niedrige bisherige Beteiligung von 23 von 187 ILO-Mitgliedstaaten verdeutlicht, wie wichtig die Ratifizierung ist.

Die Bundesregierung und die EU-Kommission tun bereits viel, um die Lage indigener Bevölkerungsgruppen - vor allem in Asien und Südamerika - zu verbessern. Diese positive Rolle gilt es auszubauen. Dabei spielt das Sorgfaltspflichtengesetz und die Handelsverträge der EU eine wichtige Rolle. Denn Schätzungen gehen davon aus, dass 60% der Ressourcen und Rohstoffe unserer Erde in von Indigenen bewohnten Gebieten liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei geht es nicht um eine verklärte Naturromantik und auch nicht um Sonderrechte. Auch Indigene

wollen Bildung, Arbeitsplätze und Infrastruktur. Aber selbstbestimmt, das ist das Kernelement des ILO-Abkommens. Indigene Bevölkerungsgruppen sind keine passiven Betreuungsobjekte der Menschenrechtspolitik. Indigene Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger kämpfen weltweit Tag für Tag für ihre Rechte:

- Wie die Menschenrechtsverteidigerin Renalyn Tejero auf den Philippinen, die seit 3 Wochen von der Polizei festgehalten wird. Sie ist eine indigene Lumad-Manobo.

- Wie Bernardo Caal, ein Indigener der Q'echi' (sprich: Kektschi)-Gemeinschaften, der 2018 in Guatemala wegen Widerstand gegen ein Wasserkraftprojekt auf indigenem Land zu 7 Jahre Gefängnis verurteilt wurde.

Und vergessen wir nicht die zahllosen Tibeter und Uiguren in chinesischer Haft. Besonders erwähnen möchte ich den Jesuitenpater Stan Swamy in Indien, der jahrzehntelang für die Rechte der indigenen Adivasi eintrat. Dieser 83-jährige Mann leidet an Parkinson und ist aufgrund einer hanebüchernen Terrorismusanklage seit Oktober in Haft. Ein trauriger, aber passender Anlass, von Indien die Unterzeichnung des ILO-Abkommens und die Freilassung von Pater Swamy zu fordern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, indigene Volksgrup-

Fortsetzung meiner Rede

pen spielen auch eine bemerkenswerte Rolle im Kampf gegen den Klimawandel und Abholzung. Laut einer Studie der Welternährungsorganisation werden deutlich weniger Flächen abgeholzt, wo indigene Bevölkerungsgruppen Landrechte innehaben. Die Studie

schätzt die Kosten, indigenes Land zu schützen, bis zu 42-mal niedriger ein als die Kosten anderer Strategien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einem breiten Konsens für die Ratifizierung können wir ein wichtiges Signal geben.

Ausbildung, Gesundheit und Bildung sind kein Privileg, auch nicht für Indigene. Den Schutz der eigenen Sprache, Kultur und Religion muss man sich nicht verdienen.

Vielen Dank Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Bundesstiftung Gleichstellung

Zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland haben wir am Donnerstag (15.4.2021) im Deutschen Bundestag die Schaffung der Bundesstiftung Gleichstellung beschlossen. Die Stiftung soll sich wissenschaftlich fundiert insbesondere Fragen der gerechten Partizipation von Frauen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft widmen. Sie wird ihren Sitz in Berlin haben. Das zweiköpfige Direktorium wird pari-

tätisch besetzt. Sie wird zunächst mit drei Millionen Euro ausgestattet. Ab dem kommenden Jahr steigt der Betrag auf fünf Millionen.

Die Bundesstiftung Gleichstellung wird durch Service und Beratung von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft bei der Entwicklung von Lösungsansätzen und deren Umsetzung helfen, Forschungslücken identifizieren und bei Bedarf Forschungsaufträge ver-

geben sowie innovative Maßnahmen zur Verwirklichung von Gleichstellung einschließlich zugehöriger Fördermaßnahmen entwickeln. Die Stiftung setzt den in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes formulierten Auftrag an den Staat um, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern hinzuwirken.

Marsch des Lebens

Jom haSchoa ist der jüdisch-israelische Gedenktag an den Holocaust. Der Marsch des Lebens

rief weltweit dazu auf mit der Botschaft „Gemeinsam für eine bessere Zukunft ohne Antisemitismus“

mus und Juden Hass“ auf die Straße zu gehen und sich dem Jom haSchoa Gedenken der jüdischen Gemeinden anzuschließen.

Auch anlässlich des Jubiläumsjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ wurden die Namen der Opfer des Holocausts verlesen.



Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Simone Veres
Hanna Herych
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Religionsfreiheit als individuelles Menschenrecht weltweit oft verletzt

In der öffentlichen Anhörung zum zweiten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit (2018-2019) am Mittwoch (14.4.2021) im Deutschen Bundestag wurde deutlich, dass die Religionsfreiheit weltweit wieder vermehrt verletzt wird. Laut der Münsteraner Professorin Marianne Heimsbach-Steins ist Religionsfreiheit kein Anhängsel anderer Grundrechte. Der Bericht zeige auf, dass die Religionsfreiheit ein „eigenständiges elementares Freiheitsrecht“ sei und nicht gegenüber anderen Freiheitsrechten wie die Meinungsfreiheit aufgeweicht werden dürfe. Der frühere UN-Sonderbotschafter Heiner Bielefeldt hielt fest: „Die Religionsfreiheit ist ein vielfältig verletztes und oft ver-

drehtes Menschenrecht“.

Dem kann ich aus meiner Erfahrung als Mitglied im Menschenrechtsausschuss in vollstem Maße zustimmen. Viele Staaten missbrauchen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit für ihre eigenen Interessen. Sie definieren Inhalt und Rahmen der Religionsfreiheit nach eigenem Gutdünken und schränken den Bewegungsradius ihrer Bürger ein. Aus eigener Erfahrung kann ich derart desolate Verhältnisse für Vietnam bestätigen. Dort droht Menschen, die sich nicht an die vorgeschriebenen Normen der anerkannten Religionen halten, massive Verfolgung.

Die populistische Kritik, dass der Islam besonders in muslimischen Staaten, aber

auch in Europa und Deutschland eine Gefahr für die Freiheit und die Demokratie sei, wurde in dieser pauschalen Annahme von den anwesenden Sachverständigen nicht geteilt.

Der Münsteraner Theologe Mouhanad Khorchide plädierte dafür, zwischen den innerislamischen Strömungen zu differenzieren. Er zeigte als Alternative einen liberalen Islamismus auf, der aus der islamischen Religion selber komme, nicht von außen oktroyiert werde und der in Deutschland durch die Schaffung von Lehrstühlen für Islamische Theologie eine wissenschaftliche Auslegung und einen Islam-Diskurs mit freiheitlichen und demokratischen Grundlagen ermögliche.

Anschlag auf Pressefreiheit in Hongkong

Am 12. April 2021 sind vier unbekannte Männer gewaltsam und teilweise mit einem Messer bewaffnet in die Druckerei der Hongkonger Ausgabe der „Epoch Times“ eingedrungen. Dort haben sie gezielt mit Vorschlaghämmer die Druckmaschinen zerstört. Ich verurteile diese inakzeptablen Hand-

lungen auf das Schärfste. Diese Attacken gegen eine unabhängige Zeitung sind ein Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit. Gerade in Hongkong ist es wichtiger denn je, dass es weiterhin unabhängige Medien gibt, die klar und deutlich berichten, so wie die „Epoch Times“ über die pro-demokratische Hong-

konger Bewegung und über Menschenrechtsverletzungen in China immer gemacht hat.

Ich werde das Thema in der nächsten Sitzung der AG Menschenrechte der CDU/CSU zur Sprache bringen und mich dafür einsetzen, dass das Thema im Menschenrechtsausschuss thematisiert wird.